

MUSS GRUNDIG DEUTSCH BLEIBEN?

5 Der Unternehmer Max Grundig will sein Lebenswerk verkaufen und verlangt dafür eine runde Milliarde. Um in der Konkurrenz gegen die Japaner zu bestehen, müßte er seinen Kapitalvorschub drastisch erhöhen, denn nur bedeutend höhere "Losgrößen" erlauben - wie er sagt -, die Geräte so billig zu bauen, daß seine "Marktüberschwemmung" die Japaner dann auf ihren Videorecorder-Halden sitzen läßt.

10 Unternehmer, die sich Geschäfte in dieser Größenordnung leisten können, sind dünn gesät - die nationale Konkurrenz (Siemens, Bosch) winkt ab, diese Firmen haben genug mit der Durchrationalisierung ihrer eigenen Produktionen zu tun. Es sei denn, der Kaufpreis verringert sich merklich...

15 Als Käufer tritt die französische Firma Thomson-Brandt auf: Sie ist hoch verschuldet, hat aber die vollste Unterstützung des französischen Staates, der die Milliarde sofort reinstecken will. Die Vorstellung ist, den europäischen Markt für dieses Zeug vollständig unter nationale Kontrolle zu bekommen. Der nationale Ehrgeiz hat dabei keinen Prestige- oder Machtgewinn im Auge, sondern den gewöhnlichen Gewinn; der soll sich nämlich gerade durch die Monopolisierung auf einem als "zukunftsträchtig" erachteten Markte einstellen.

20 In dem Moment steht fest, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen kapitalistischen Geschäftsverkehr handelt. Der deutsche Staat fragt sich, ob er sich diesen "Preis" leisten will und kann, nämlich die Preisgabe dieses Geschäftszweigs an ausländische Verfhung. Er kann zwar Max Grundig nicht zwingen, Eigentümer zu bleiben, aber an der Höhe des Kaufpreises kann er für die deutsche Konkurrenz durch entsprechende Zuschüsse durchaus etwas ändern. Es steht fest, daß nach deutschem Kartellrecht der Verkauf sowieso verboten ist und nur durch eine Ministererlaubnis bewerkstelligt werden kann.

25 Die französische Regierung gibt ihrer Hoffnung und ihrem dringenden Wunsch Ausdruck, daß Graf Lambsdorff diese Erlaubnis erteilen wird. Der Graf will sich nicht weiter dazu äußern, sondern "die näheren Umstände" erst prüfen. Die "näheren Umstände" sind diverse andere ökonomische Auseinandersetzungen mit dem französischen Konkurrenten, in die nun dieses eventuelle "Zugeständnis" als Verhandlungsmasse eingebracht wird.

30 Während der staatliche Nationalismus sehr handfeste Vor- und Nachteile für die Weltgeltung deutscher Kapitalwucht auflistet, genügt in der Öffentlichkeit als flankierende ideologische Begutachtung ein schlichtes "Grundig muß deutsch bleiben". Ökonomischer "Realismus" geht darin dergestalt ein, daß sich niemand - erst recht nicht die Gewerkschaften - davon einen Schutz der von künftigen Rationalisierungen bedrohten Grundig-Arbeiter erwartet. Vielmehr spitzt sich die Frage ausschließlich darauf zu, wer diese Rationalisierungen durchführt: Einem ausländischen, verschuldeten Staatskonzern kann man da allerhöchstens zutrauen, daß er deutsche Arbeitsplätze auf Kosten französischer opfert. Diese negativ ausgedröckte Unterstellung, einem Staat ginge es "letztlich" um die Erhaltung der Arbeitsplätze, wird auf echt bundesdeutsch für den eigenen Staat so gerettet, daß hierzulande angeblich das Gegenteil passiere: Bei uns werden Rationalisierungen
40 von deutschen, profitablen Privatkapitalen durchgezogen. Davon hat ein deutscher Arbeiter dann

den großen Vorteil, daß sein Rausschmiß auf jeden Fall marktwirtschaftlich gerechtfertigt, unumgänglich und ganz im nationiialen Interesse ist.